

**Dr. Georg Nüßlein**

- (A) Diese Frage sollte einmal jemand von Ihnen beantworten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Das ist eine spannende energiepolitische Frage. Eine Laufzeitverlängerung von 20 Jahren war unter Rot-Grün machbar, und jetzt ist eine Laufzeitverlängerung untragbar und ein Unding. Das ist eine Doppelzüngigkeit, die ich so nicht unterstützen kann.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Also doch ein Kernenergiefan!)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Wir kommen nun zum Themenbereich **Umwelt**.

Ich erteile das Wort zunächst dem Bundesminister Dr. Norbert Röttgen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Dr. Norbert Röttgen**, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

- Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Finanzmarktkrise war das Thema, das uns in diesem Haus im vergangenen Jahr am meisten beschäftigt hat. Der damalige Bundesfinanzminister hat in den ersten Wochen davon gesprochen: „Wir haben in den Abgrund geschaut.“ Wir haben hier im Haus innerhalb von einer Woche ein Schutzpaket in Höhe von 500 Milliarden Euro beraten und verabschiedet. Gestern in der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin war der erste Punkt die Notwendigkeit, konsequent, grundlegend und zügig umzusteuern.
- (B)

Ich betone diese Debatte und die Auseinandersetzung, die wir geführt haben, weil ich glaube, dass die Erfahrung der Krise – es war ja nicht Theorie, sondern war und ist Erfahrung – für die Einordnung, den Anspruch und den Ernst der Umweltpolitik im Allgemeinen und der Klimaschutzpolitik im Besonderen fruchtbar gemacht werden kann. Ich glaube, dass wir beide Krisen miteinander vergleichen können und sollten: die Finanzmarktkrise und die Ökokrise, die kommt, wenn wir auf diesem Gebiet nicht ebenso grundlegend, zügig, systematisch und entschlossen umsteuern.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Was sind die Vergleiche, was sind die Bezüge? Ich will vier herstellen.

Erstens. Die Finanzmarktkrise war und ist mehr als eine Bankenkrise. Sie hat sich zur **Wirtschaftskrise** weitergefressen und barg und birgt weiterhin die Gefahr, zum gesellschaftlichen Kollaps zu führen. Die Klimakrise, die Ökokrise, die kommt, wenn wir uns nicht ändern,

(Zuruf von der SPD: Das stimmt!)

hat existenzielle Dimension. Ein Gesellschaftskollaps wäre schon fundamental. Die Ökokrise aber ist eine Überlebensfrage für Hunderte von Millionen Menschen.

(C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Bei der Finanzmarktkrise konnten die Retter noch sagen: Wir haben in den Abgrund geschaut, sind einen Schritt zurückgegangen und konnten uns retten. – Wenn wir es bei der Klimakrise, bei der Ökokrise so weit kommen lassen, dann können wir nicht mehr einen Schritt zurückgehen; denn die Ökosysteme sind zu träge, als dass man sie per Kommando stoppen könnte. Dann sind wir verloren. Wir müssen vorher umschalten und umsteuern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Drittens. Ich habe an dieser Stelle in Anlehnung an den Jesuitenpater Professor Friedhelm Hengsbach vor ungefähr einem Jahr davon gesprochen, dass die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte ein öffentliches Gut darstellt. Die Bundeskanzlerin hat gestern völlig zu Recht gesagt: Das öffentliche Gut liegt in dem dienenden Charakter der Finanzmärkte für Wirtschaft und Gesellschaft. – Ich stehe dazu und halte das nach wie vor für richtig. Das war die Legitimation dafür, dass wir sozusagen in einem Akt kollektiver Selbstverteidigung zu diesen Maßnahmen gegriffen haben.

Das Gut, das wir mit Klimapolitik, mit Umweltpolitik verteidigen, unsere natürlichen Lebensgrundlagen, ist ein Menschheitsgut. Es hat für die Menschen nicht nur dienenden Charakter, sondern es ist Selbstwert. Für Christen ist es **Schöpfung**, und der Schöpfungscharakter ist in unsere Traditionen und unsere Kultur eingegangen. Wir verteidigen den Eigenwert, den Selbstwert, das Menschheitsgut Schöpfung, wenn wir Klimapolitik machen. Das geht über das, was wir in der Finanzmarktkrise verteidigt haben und verteidigen, noch weit hinaus.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Viertens. Die Finanzmarktkrise ist nicht – das hat Hans-Peter Friedrich gestern richtig ausgeführt – durch die Marktwirtschaft entstanden, sondern wir haben uns diese Krise durch die Verletzung marktwirtschaftlicher Prinzipien eingehandelt. Diese Krise ist geradezu marktwirtschaftswidrig entstanden,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

durch Verletzung der Grundsätze marktwirtschaftlichen Ordnungsdenkens.

Unsere Auffassung ist, dass wir Klimaschutz und Umweltschutz nicht gegen die Marktwirtschaft betreiben dürfen, sondern dass wir dies innerhalb des marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmens versuchen müssen. In der Vergangenheit hat sich jede Planwirtschaft wie keine andere Ordnung an der Umwelt versündigt, an den

**Bundesminister Dr. Norbert Röttgen**

- (A) Menschen, aber auch an der Umwelt. Wir halten das marktwirtschaftliche System für überlegen.

Daraus ziehen wir allerdings die Lehre: Markt braucht Ordnung. Auch der Markt, der Umweltziele erreichen will, braucht Ordnung. Es gibt ein überragendes, übergreifendes Ordnungsprinzip des Marktes, und das heißt Nachhaltigkeit. Wir brauchen eine **nachhaltige Wirtschaftsordnung**. Die Schäden von Kurzfristigkeit konnten wir auf den Finanzmärkten beobachten. Wir werden sie auch in der Umwelt sehen, wenn wir kurzfristig denken. Darum müssen wir das Leitprinzip der Nachhaltigkeit durchsetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es gehört zur inneren Logik marktwirtschaftlichen Denkens, dass wir die Grundlagen unserer wirtschaftlichen Tätigkeit, dass wir die Grundlagen unseres Lebens erhalten und nicht an dem Ast sägen, auf dem wir sitzen. Wir machen ökologische Politik, weil sie die Grundlage unseres Lebens und auch unseres Wirtschaftens ist. Wir wollen dabei marktwirtschaftliche Instrumente anwenden, weil wir die Effizienz, die Überlegenheit, das Entdeckungsverfahren, die wettbewerblichen Potenziale nutzen wollen, um ökologische Ziele zu erreichen. Genauso richtig ist aber auch, dass die ökologische Zielsetzung Klimaschutz nicht nur instrumentellen Charakter haben darf, sondern dass Ökologie und Umweltschutz Märkte produzieren. Umweltschutzpolitik zu machen, ist auch eine Innovations- und Wirtschaftsstrategie.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Heute ist in der *FAZ* unter der Schlagzeile „Ökoge-schäft stabilisiert Siemens“ zu lesen:

Der Siemens-Konzern hat im Geschäftsjahr 2009 schon 23 Milliarden Euro Umsatz mit Umweltprodukten generiert. Das ist gegenüber dem ... Vorjahreswert ... ein Plus von 11 Prozent. Dadurch wurden die Einbußen im übrigen Geschäft als Folge der Wirtschaftskrise von rund 4 Prozent aufgefangen.

Wir hatten einmal eine Phase, in der galt: Ökonomie und Ökologie sind Gegner. Dann kam eine Phase, in der es hieß: Wir müssen beides miteinander versöhnen. Ich glaube, inzwischen haben wir die Phase erreicht, dass wir erkennen: Das eine ist ohne das andere nicht machbar und nicht denkbar. Ökonomie und Ökologie sind zwei Seiten einer Medaille.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Aufgabe ist, aus dieser grundlegenden ethischen und ordnungspolitischen Einschätzung von Umwelt- und Klimaschutz eine politische Strategie und konkrete Politik abzuleiten. Das muss die Konsequenz aus dieser Einordnung sein. Das ist nicht Lyrik, sondern das sind die Fundamente, auf denen wir Politik machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

(C) Ich glaube, die drei wichtigsten Felder der Umweltpolitik sind erstens der Klimaschutz – ich denke auch an Kopenhagen –, zweitens die Energiepolitik und drittens der Schutz der biologischen Vielfalt. Ich will zu diesen drei Feldern jeweils einige Anmerkungen machen.

Zum ersten Punkt – **Klimaschutz** – will ich ganz knapp sagen: Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass es zu einem Erfolg der Klimakonferenz von Kopenhagen keine Alternative gibt. Es gibt keine zweite Option, es gibt keinen Plan B. Bei der Rettung, bei der Verteidigung des Menschheitsgutes natürliche Lebensgrundlagen haben wir keine Wahl. Aus der Sache heraus ist klar: Die Konferenz von Kopenhagen muss ein Erfolg werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Eva Bulling-Schröter [DIE LINKE])

(D) Wir haben in diesem Prozess eine Vorreiterrolle. Die Stimme unseres Landes – das zählt zu den Erfahrungen, die man innerhalb von Tagen machen kann – hat Gewicht. Dass wir diese Vorreiterrolle haben, dass die Stimme unseres Landes mehr Gewicht hat, als es sozusagen proportional wäre, ist nicht die Leistung dieser Regierung, es ist die Leistung der Vorgängerregierungen: meines Amtsvorgängers, seines Amtsvorgängers, dessen Amtsvorgängerin. Dank des Beitrages von vielen in diesem Parlament, in dieser Gesellschaft ist der Klimaschutz vom Rand ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt, ist Klimaschutz kein Nebenthema mehr. Unser Land ist international glaubwürdig, weil wir national gehandelt haben und nicht nur anderen Vorschläge gemacht haben. Ich möchte meine erste Rede als Bundesumweltminister nutzen, die Leistungen der früheren Regierungen, der Minister anderer Fraktionen und Parteien ausdrücklich anzuerkennen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will definieren, was Erfolg bedeutet. Ein taktischer Ratschlag könnte sein: Definier das nicht zu konkret, sonst wird die Opposition dir deine Definition vorhalten, wenn es nicht so herauskommt! – Ich bekenne mich zur Notwendigkeit des Erfolges. Darum will ich definieren, was Erfolg heißt: Erfolg heißt erstens klare Ziele zur Reduzierung der **CO<sub>2</sub>-Emissionen**, Ziele, die sich ableiten aus der Erkenntnis, dass die globale Erwärmung auf höchstens 2 Grad Celsius zu begrenzen ist. 2 Grad Celsius sind das Äußerste, was tolerierbar ist. Wenn wir dieses Ziel erreichen, dann können wir einigermaßen sicher sein, dass für über 1 Milliarde Menschen in Asien die Wasserversorgung nicht gefährdet ist; dann können wir einigermaßen sicher sein, dass nicht weitere zig Millionen Menschen in Afrika auf der Suche nach Wasser und Weideland vertrocknen, verdursten, sterben. Diese existenzielle Dimension – die Gesichter von Menschen, die kein Wasser mehr finden und sterben – müssen wir uns vor Augen halten. Darum brauchen wir den Erfolg.

**Bundesminister Dr. Norbert Röttgen**

- (A) Wir müssen das Ziel erreichen, die Emissionen bis 2050 weltweit um 50 Prozent zu reduzieren. Die Industrieländer haben hierbei eine Vorreiterrolle: historisch begründet, wegen ihres Anteils an den Emissionen, aber auch aufgrund ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit. Darum war es ein Erfolg, dass sich die Staats- und Regierungschefs beim letzten Europäischen Rat dafür ausgesprochen haben, dass die Industrieländer ihre Emissionen um 80 bis 95 Prozent reduzieren, und sich dem Ziel verpflichtet haben, den Beitrag zu leisten, der nötig ist, um weitgehend treibhausgasneutrale Gesellschaften zu werden.

Bis 2020 gilt es, die Emissionen in der Größenordnung von 30 Prozent zu reduzieren. Wir brauchen diesen schrittweisen Prozess. Wir können nicht 30 Jahre weitermachen wie bisher und darauf verweisen, wir müssten das Reduzierungsziel ja erst 2050 erreichen. Wir müssen jetzt anfangen; sonst haben wir keine Chance, das Ziel bis 2050 zu erreichen. Diese Koalition hat sich vorgenommen und im Koalitionsvertrag begründet, dass Deutschland die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 sogar um 40 Prozent reduziert. Viele andere Industrieländer sagen – ein bisschen konditioniert – 30 Prozent. Wir sagen: Unter dieser Regierung wird Deutschland seine Emissionen unkonditioniert um 40 Prozent reduzieren. Wir sind auf diesem Gebiet ambitionierter als die Vorgängerregierung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Sie haben das unkonditioniert abgelehnt!)

- (B) Sie sollten uns auf dem guten Weg folgen.

Ich bin noch bei der Zieldefinition. Kennzeichen dieser Ziele ist, dass wir sie im Rahmen eines verbindlichen rechtlichen Abkommens, das alle umfasst – „alle“ heißt: China, USA, Europa, Schwellenländer und Entwicklungsländer –, festlegen wollen.

Zweites Ziel: Wir brauchen **rechtlich und finanziell wirkungsvolle Instrumente**. Das Instrument internationale Überprüfung und auch die finanziellen Beiträge liegen vor. In Entwicklungsländern wird es – bei bis 2020 wachsenden Finanzierungsbedarfen und aufbauend auf einen Schnelleinstieg – ab 2020 100 Milliarden Euro pro Jahr bedürfen, die aus unterschiedlichen Strängen finanziert werden. Manche sagen jetzt: Klimaschutz ist teuer. – Klimaschutz ist teuer, Handeln ist teuer. Nichthandeln wäre sehr viel teurer.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Darum brauchen wir auch die Innovationen und die Modernisierung der Wirtschaft, die damit anstehen.

Es ist ein Prozess der ökologischen Veränderung, der Veränderung der Lebensweise und der Art, zu wirtschaften. Am allermeisten ist es aber auch ein Prozess der **wirtschaftlichen Modernisierung** unseres Landes. Das muss uns klar sein. Wenn man es wirtschaftlich betrachtet, dann wird klar, dass es um die Alternative geht, ob wir Rückständigkeit verteidigen und mangelnde Wettbe-

werbsfähigkeit subventionieren oder ob wir die Ambition, die Entschlossenheit haben, auch hier wieder eine weltweite wirtschaftliche, innovative Führerschaft zu erringen. Wir wollen das. Gerade durch ökologische Modernisierung wollen wir die modernste Volkswirtschaft werden. Damit werden wir führend sein, damit sichern wir Arbeitsplätze, damit generieren wir Innovationen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Zweiter Punkt. Die **Energiepolitik**. Nirgendwo ist es so deutlich wie hier, dass wir die Energiepolitik grundlegend neu denken und gestalten müssen. Wir werden ein in sich schlüssiges energiepolitisches Konzept vorlegen – es fehlt seit knapp 20 Jahren –, mit dem wir Antworten darauf geben, wie Energiepolitik grundlegend neu gemacht wird. Wir werden die Angebotsseite betrachten – Klimaverträglichkeit, Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit für Verbraucher und Industrie –, und wir werden die Nachfrageseite betrachten. In der Diskussion fehlen bislang eigentlich die Nachfrageorientierung, die Verbraucherorientierung und die Intelligenz und Bereitschaft – gerade auch aus Sicht der industriellen Nachfrager –, sich auf eine neue Energiepolitik um- und einzustellen. Die Energieeffizienz beinhaltet das größte Kosteneinsparpotenzial, das wir anbieten können. Ich weiß nicht, ob eine Unternehmensteuerreform eine so große Kostenentlastung bringt wie die Nutzung von Energieeffizienzpotenzialen in unserem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich komme zum Schluss und will noch einen dritten Punkt ansprechen. Neben dem Klimawandel ist das Stoppen des Verlustes der **biologischen Vielfalt** die zweite globale Herausforderung. Es geht darum, zu erkennen, dass die Ökosysteme die Grundlage allen Lebens und die Leistungen der Ökosysteme für die Menschen unverzichtbar sind. Saubere Luft, Ernährung, sauberes Wasser, gesunde Böden: Das ist unsere Lebensgrundlage. Darum ist der Schutz der Ökosysteme eine Aufgabe, um die Schöpfung in unserer Zeit zu bewahren.

Wir wollen das nicht mit einem Verkündungston machen, sondern Naturschutz kann man nur mit den Menschen und für die Menschen in Kooperation machen. Wir werden ein Bundesprogramm zur Umsetzung der Strategie zur biologischen Vielfalt auflegen, und wir werden unsere internationale Führungsrolle auch hier aufrechterhalten. Alle Zusagen – auch finanzielle Zusagen –, insbesondere im Bereich des internationalen Waldschutzes, werden wir einhalten und weiter ausbauen.

Eine allerletzte Bemerkung. Ich bin – heute ist Mittwoch – seit zwei Wochen Bundesumweltminister und seit 15 Jahren Parlamentarier.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Wir haben uns sehr gewundert!)

Darum möchte ich Ihnen ausdrücklich sagen, dass es meinem Verständnis als Parlamentarier, der ich ja immer noch bin, entspricht, dass wir gut zusammenarbeiten, dass es eine vertrauensvolle Kooperation gibt und dass

**Bundesminister Dr. Norbert Röttgen**

- (A) wir dort, wo wir wirklich einen Konsens haben – es ist eine unserer gesellschaftspolitischen Leistungen, auch einen Konsens erarbeitet zu haben –, an einem Strang ziehen. Im Übrigen freue ich mich auf eine sachorientierte, kontroverse Auseinandersetzung, über gelegentliche Unterstützung natürlich auch, vor allem aber auf eine erfolgreiche Zeit in der Umweltpolitik in den nächsten vier Jahren.

Besten Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Bevor ich dem Kollegen Kelber das Wort erteile, erlaube ich mir eine knappe Bemerkung. Es ist im wörtlichen wie im übertragenen Sinne gut, zu sehen, und vielleicht auch ein internationales Signal, dass es wenige Wochen vor der Konferenz in Kopenhagen mit Blick auf die Erwartungen und Zielsetzungen im Deutschen Bundestag ganz offenkundig eine große fraktionsübergreifende Mehrheit gibt. Das sollte vielleicht in dieser Debatte mit Blick auf die internationalen Implikationen der Vorbereitungen dieser Konferenz noch einmal deutlich werden.

(Beifall)

Herr Kollege Kelber, Sie haben das Wort.

**Ulrich Kelber (SPD):**

- (B) Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister Röttgen! Lieber Wahlkreisnachbar! Erst einmal auch vonseiten der SPD alles Gute für Ihr neues Amt! Ich habe mit Freude gelesen, dass es Ihr Wunschsort war, man Sie also nicht gezwungen hat. Die strategischen Aspekte waren bei diesem Wunsch sicherlich nicht zu unterschätzen. Aus allen Vorgängern ist etwas geworden: Ministerpräsident, UN-Beauftragter, Bundeskanzlerin, Fraktionsvorsitzender und, wie ich hoffe, ab diesem Wochenende auch Parteivorsitzender. Ich hoffe natürlich auch, dass das inhaltliche Engagement hinzukommt und dann das, was heute relativ abstrakt war und wahrscheinlich sein musste, noch mit Inhalt gefüllt wird.

In der Tat ist dies keine Nebendebatte. Gut gemachte Umweltpolitik schützt die Lebensgrundlagen, sichert Lebensqualität und schafft Jobs mit Zukunftsgarantie. Diesem Anspruch wird zumindest der schwarz-schwarz-gelbe Koalitionsvertrag nicht gerecht. Wir warten natürlich in den vier Jahren auf die konkrete Politik. Ich nenne dafür ein paar Beispiele.

Das erste Beispiel ist: Bei aller Übereinstimmung in Sachen **Klimaschutz** als Ziel gibt es eine gewisse Zurückhaltung gegenüber einigen Instrumenten. Der Wahrheit zuliebe: Dass wir jetzt ohne Vorbehalt eine **Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen** um 40 Prozent zwischen 1990 und 2020 zugesagt haben, freut uns. Diesen Vorschlag hatte die SPD in der Großen Koalition mehrfach gemacht. Auf Arbeitsebene waren wir uns einig. Leider hat dieser Vorschlag den Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder nie erreicht, weil er vom Ersten Parlamentarischen Ge-

schäftsführer der CDU/CSU-Fraktion zurückgehalten wurde. Dieser hieß in der letzten Legislaturperiode nicht Altmaier, sondern Norbert Röttgen. An dieser Stelle danke ich Ihnen, dass Sie Ihren eigenen Widerstand jetzt gebrochen haben, Herr Röttgen. Das war wahrscheinlich ein hartes inneres Ringen.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Koalitionsvertrag steht auch, dass Sie einen Ablasshandel einführen wollen, um unser Land weiter zu versiegeln. Sie wollen den Schutz vor Umweltbelastungen auf die Geschwindigkeit des langsamsten europäischen Landes reduzieren. Nichts anderes heißt die sogenannte Eins-zu-eins-Umsetzung von europäischen Kompromissen. Sie gefährden die Jobs und die Technologieführerschaft Deutschlands durch Ihren geschraubten Rückwärtssalto in der Energiepolitik.

Noch etwas fällt auf: Neben jeden Absatz in der schwarz-schwarz-gelben Koalitionsvereinbarung kann man den Namen des Unternehmens oder des Verbandes schreiben, das oder der mit diesem Absatz bedient werden soll. So etwas habe ich in Deutschland noch nicht erlebt. Vor allem habe ich noch nicht erlebt, dass sogar noch das Produkt eines Unternehmens in einem Koalitionsvertrag genannt wird. Dort steht, dass der Anbau der Amflora-Kartoffel in Deutschland unterstützt werden soll, obwohl es für diese Gentechnikkartoffel von BASF noch nicht einmal in Europa eine Zulassung gibt. Auch das hat es in einem Koalitionsvertrag in Deutschland noch nicht gegeben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Besonders gefährlich ist diese Bedienung in der **Energiepolitik**. Wenn Sie schon nicht auf die Opposition hören wollen, dann hören Sie doch auf Ihren eigenen neuen Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Herrn Heitzer, der zuvor Präsident des Bundeskartellamts war. Er hat noch vor wenigen Wochen gesagt: Wer die **Laufzeiten der Atomkraftwerke** verlängert, verlängert vor allem das Monopol auf den Energiemärkten, mit dem den Menschen und auch den Firmen in Deutschland seit Jahren Milliarden Euro unnütz aus den Taschen gezogen werden. Hören Sie auf Ihre eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Sie in führenden Positionen installieren!

Die vier Energiekonzerne, die Atomkraftwerke betreiben, sollen zu diesen Milliarden Gewinnen von Ihnen jetzt weitere Milliarden geschenkt bekommen, und das, obwohl RWE und Eon im ersten Halbjahr 2009 mehr Gewinn gemacht haben als alle anderen börsennotierten Unternehmen Deutschlands zusammen. Diese Unternehmen wollen Sie weiter entlasten.

Es ist ein Fehler, zu sagen, das sei dieselbe Seite einer Medaille; die längere Laufzeit betreffe eine Brückentechnologie. In technischer Hinsicht kann man schnell erkennen: Das Gegenteil ist der Fall. Die Atomkraftwerke verstopfen die Energienetze. Immer häufiger müssen erneuerbare Energieträger abgeschaltet werden, weil die Atomkraftwerke zu Zeiten geringen Stromver-

Ulrich Kelber

- (A) brauchs bereits das gesamte Netz auslasten. Wir werden Ihnen die Zahlen liefern, Herr Kauch. Sie kennen sie selbstverständlich, die anderen vielleicht nicht.

Damit gefährden Sie die 280 000 Jobs, die schon jetzt im Bereich der **erneuerbaren Energien** entstanden sind, und Sie setzen die deutsche Technologieführerschaft aufs Spiel. Andere Länder – die USA und China, aber auch andere europäische Länder – investieren zusätzlich, schaffen mehr Anreize für erneuerbare Energien und bauen rechtliche Blockaden ab. In Deutschland dagegen gibt es die Ankündigung, sie im Zusammenspiel der Energiearten schlechter zu stellen. Sie gefährden damit den Vorsprung, den wir auch gemeinsam als Parlament in den letzten Jahren erarbeitet haben.

Diese Liebedienerei an einer Lobby wird schon durch ihre Ankündigung Deutschland schaden. Wir haben bereits jetzt durch die Ankündigung, 2012 die Bedingungen völlig neu zu formulieren, eine Zurückhaltung in den Investitionen in erneuerbare Energien zu verzeichnen. Diejenigen, die die Monopole ins Wackeln gebracht haben – die Stadtwerke und die Erneuerbaren –, müssen bei ihren Investitionen neu rechnen, weil ihre Konkurrenten Milliarden geschenkt bekommen sollen. Sprechen Sie doch mit den Aufsichtsräten der neuen Wettbewerber und der Stadtwerke! Jede Investition muss jetzt mit schlechteren Renditen neu gerechnet werden, weil der große Konkurrent bessere Bedingungen bekommt.

Diese Steuereinnahmen und diese Jobs fehlen schon jetzt, unmittelbar nach Ihrer Koalitionsvereinbarung. Das ist klar: Noch nie hat ein Koalitionsvertrag so ungehemmt und schamlos Klientelinteressen bedient.

- (B) (Michael Kauch [FDP]: Das sagt der Richtige!)

Noch nie wurde eine Technologieführerschaft so leichtfertig aufgegeben. Noch nie hat sich ein wohlhabendes Land beim Schutz seiner Menschen und seiner Umwelt mit der Geschwindigkeit des ärmsten Landes zufriedengegeben. Diese Politik werden wir bekämpfen. Wir stehen für die Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien, in Lebensqualität und internationale Verantwortung im Klimaschutz. Das ist ein klares Kontrastprogramm zu dem, was Schwarz-Schwarz-Gelb abgeliefert hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Nun erteile ich Kollegen Michael Kauch für die FDP-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Michael Kauch (FDP):**

Meine Damen und Herren! Ich glaube, Herr Kelber hat gezeigt, wie ratlos die Opposition angesichts dieses Koalitionsvertrages ist.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Lachen bei der SPD)

(C)

Denn wenn Sie diesen Vertrag lesen und dem deutschen Volk nicht irgendwelchen Unsinn erzählen würden, würde Ihnen nicht mehr viel dazu einfallen, warum beispielsweise weiter die These vertreten wird, die Atomkraftwerke würden die erneuerbaren Energien in ihrer Entwicklung hemmen. Wir haben das Gegenteil in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Widerspruch bei der SPD – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann dürfen Sie die Laufzeiten nicht verlängern!)

Es ist eine bewusste Entscheidung dieser Koalition gewesen, dass der **Einspeisevorrang für erneuerbare Energien** unbegrenzt und ungedeckelt fortgeführt wird.

Mit dem Einspeisevorrang für erneuerbare Energien kann jeder Anbieter erneuerbarer Energien auch künftig seinen Angebotsmöglichkeiten entsprechend den Strom ins Netz einspeisen. Dann konkurrieren die Erneuerbaren eben nicht mit den Kernkraftwerken, sondern die Kernkraftwerke konkurrieren mit den Kohle- und Gaskraftwerken. Das kann man ja möglicherweise ökologisch richtig finden, Herr Kelber.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Ulrich Kelber [SPD]: Das ist technisch nicht korrekt, Herr Kauch!)

(D)

Diese Koalition hat sich dazu bekannt, dass wir das Zeitalter der erneuerbaren Energien erreichen wollen. Das bedeutet auf lange Sicht eine 100-prozentige Versorgung mit erneuerbaren Energien. Das ist eine **Innovationsstrategie** für dieses Land, die ein Wettbewerbsmotor für unsere Wirtschaft sein wird.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir wissen aber auch, dass das nicht von heute auf morgen geht; denn wir müssen auch die Realitäten anerkennen. Energie aus Wind und Sonne ist heute noch nicht so in das Netz integriert und speicherbar, wie wir uns das wünschen. Es geht nicht nur um die Strommengen, sondern auch um die Stetigkeit der Einspeisung. Deshalb brauchen wir **Brückentechnologien**. Wir sind der Auffassung, dass wir auf der einen Seite die erneuerbaren Energien ausbauen und auf der anderen Seite die **Laufzeiten der Kernkraftwerke** verlängern müssen, damit es grundlastfähigen, die Versorgung sichernden Strom gibt. Das liegt im Interesse unserer Industrie; denn bei einem Aluminiumwerk beispielsweise kann, wenn einmal der Wind nicht weht, der Strom nicht eine Stunde abgeschaltet werden. Dann wäre das Werk kaputt.

(Zuruf von der SPD: Ein ganz schlechtes Beispiel! – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, ein schlechtes Beispiel! Das gibt's nämlich nicht!)

**Michael Kauch**

- (A) Deshalb brauchen wir günstigen, aber auch sicheren und klimafreundlichen Strom.

(Beifall bei der FDP)

Diese Koalition hat im Übrigen auch klargemacht, dass die Laufzeitverlängerung nicht pauschal für alle Anlagen gilt. Das sage ich auch mit Blick auf die EVUs. Sie werfen uns vor, wir bedienen deren Interessen. Das tun wir hier ganz klar nicht. Im Koalitionsvertrag steht: Wir sind zu einer Laufzeitverlängerung bereit, garantieren aber keine Laufzeitverlängerung. Dazu müssen nämlich bestimmte Voraussetzungen geschaffen werden. Wir werden also keine pauschale Laufzeitverlängerung für alle Kraftwerke vorsehen. Es war gerade die FDP, die dafür gesorgt hat, dass im Koalitionsvertrag steht, dass die Laufzeiten deutscher Kraftwerke, aber nicht aller deutschen Kraftwerke verlängert werden.

(Beifall bei der FDP – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, nur der ältesten!)

Diese Koalition nimmt ihre Verantwortung gegenüber kommenden Generationen wahr, auch beim **Endlager**. Sie, Herr Trittin, und Ihr Nachfolger haben zehn Jahre lang die Hände in den Schoß gelegt. Es wurde verboten, ein Endlager zu erkunden. Sie haben sich an den Interessen kommender Generationen versündigt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer hat denn die Endlagersuche blockiert? Das war doch wohl die CDU/CSU!)

(B)

Diese Koalition wird dagegen die bestehenden Probleme angehen. Wir alle haben gemeinsam 50 Jahre lang Atommüll produziert.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir nicht! Sie haben den Müll produziert!)

Unabhängig von einer Laufzeitverlängerung sind wir alle gefordert, die Probleme zu lösen, die mit diesem Müll verbunden sind.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden eine Lösung finden. Die Kollegin Brunkhorst wird für unsere Fraktion diese Politik auf den Weg bringen.

Beim Erneuerbare-Energien-Gesetz wollen wir **Investitionssicherheit** für die Anlagenbetreiber. Herr Kelber, es war unredlich, als Sie vorhin zu den Biogasanlagen gesagt haben, hier gehe es nur um zwei Finanzfonds. Ihre Änderungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, mit denen Sie rückwirkend in die Investitionsbedingungen eingegriffen haben, haben die Glaubwürdigkeit des EEG beschädigt. Jeder, der in erneuerbare Energien investiert, erlebt heutzutage, dass manche Banken nicht mehr glauben, dass das EEG in seiner jetzigen Form bestehen bleibt. Diese Ihre Änderungen nehmen wir zurück. Wir schaffen Investitionssicherheit für erneuerbare Energien.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Ulrich Kelber [SPD]: Das Verfassungsgericht hat Ihre Aussage widerlegt! Darauf sollten Sie mal Rücksicht nehmen!)

(C)

Wir werden darüber hinaus beim Erneuerbare-Energien-Gesetz die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher, die schließlich alles bezahlen, berücksichtigen. Deshalb haben wir durchgesetzt, dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz regelmäßig, nämlich alle drei Jahre, auf Überforderung überprüft wird. Das ist ein fairer Schritt. Wir werden das auch im Bereich der Fotovoltaik im Dialog mit der Solarbranche und den Verbraucherorganisationen machen. Wir werden nicht mit der Axt kommen, sondern darauf achten, dass die Interessen der Branche und die Interessen der Verbraucher unter einen Hut gebracht werden.

Zum Schluss möchte ich die **biologische Vielfalt** ansprechen. Dieses Thema wird immer gerne in Sonntagsreden angesprochen. Wir müssen aber konstatieren: Das Ergebnis der letzten Jahrzehnte in diesem Bereich ist trotz Bemühungen aller Regierungen nicht überzeugend. Wir haben es nicht geschafft, die Zielsetzung zu erreichen und den Verlust an Artenvielfalt zu stoppen. Wir setzen aber im Koalitionsvertrag beispielsweise ein wesentliches Zeichen zugunsten der tropischen Regenwälder. Wir haben verabredet, dass nicht nur für die Kraftstoff- oder die Stromproduktion die Nachhaltigkeit von Palmöl nachgewiesen werden muss, sondern für alle Agrarrohstoffe. Das ist ein Meilenstein, den wir hier erreicht haben, damit nicht das gute Palmöl in den Tank kommt und das schlechte in die Margarine. Nein, wir wollen, dass die Regenwälder nirgendwo und für nichts abgeholzt werden, auch nicht für Palmöl, und dieser Koalitionsvertrag macht den ersten Schritt.

(D)

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Das Wort hat nun Kollegin Eva Bulling-Schröter für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE):**

Herr Minister! Herr Parlamentspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das **Kioto-Protokoll** läuft 2012 aus. In vier Wochen sollte die **UN-Klimakonferenz in Kopenhagen** eigentlich das Nachfolgeabkommen beschließen. Vor kurzem hat eine Gruppe von Nobelpreisträgern diesen Gipfel als wichtigste Konferenz der Menschheit bezeichnet, und ich sage: Die Männer und Frauen haben recht. Wir haben Angst, dass dieser Gipfel scheitert, und nicht nur wir, sondern viele Menschen auf dieser Welt; denn auch die letzte UN-Vorbereitungskonferenz letzte Woche in Barcelona ging aus wie das Hornberger Schießen. Weder zu Minderungszielen wurden Einigungen erzielt noch zur Frage der Finanzierung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen im globalen Süden. Dem Chef des UN-Klimasekretariats, Yvo de Boer, wird die Aussage zugeschrieben, er wundere sich

**Eva Bulling-Schröter**

- (A) bei solchen Ergebnissen, dass die Zivilgesellschaft nicht die Scheiben des Verhandlungsortes einwirft. Ich denke, das spricht Bände bei diesem Herrn.

(Beifall bei der LINKEN)

In Kopenhagen wird nun ein Verhandlungstext auf den Tisch gelegt, der mit seinen vielen Klammern und Optionen so gut wie nicht verhandlungsfähig ist, und das, obwohl uns allen die Zeit davonläuft. Das wissen wir. Schließlich ist der weltweite Ausstoß von Klimakillern trotz des Kioto-Abkommens seit der Jahrtausendwende dreimal so schnell angestiegen wie in den 90er-Jahren.

Frau Merkel hat sich hier gestern einmal mehr als Vorkämpferin für den Klimaschutz präsentiert. Das ist irgendwie merkwürdig; denn schließlich war sie hauptverantwortlich dafür, dass beim Europäischen Rat vorvorletzte Woche keine Beschlüsse zu konkreten **Klimaschutzfinanzhilfen für die Entwicklungsländer** gefasst wurden.

(Zuruf von der LINKEN: Sauerei!)

Damit hat die Bundeskanzlerin die Blockade verfestigt, die ohnehin zwischen den Industriestaaten auf der einen Seite und den Schwellen- und Entwicklungsländern auf der anderen Seite besteht.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Unsinn!)

Frau Merkel hat sich also in Brüssel an die Spitze derjenigen in der EU gesetzt, die meinen, mit den Entwicklungs- und Schwellenländern pokern zu können.

- (B) (Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

So sollen die Preise gedrückt werden, die der Norden an den globalen Süden, den großen Verlierer des Klimawandels, für Technologietransfer und Anpassungsmaßnahmen zu zahlen hat. Diese arrogante Haltung droht nun den Kopenhagen-Prozess zum Scheitern zu bringen. Ich meine, die Bundeskanzlerin wird dies wesentlich mitzuverantworten haben.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Aber auch zu Hause in Deutschland liegt einiges im Argen. Ich behaupte, mit den längeren Laufzeiten für Atomkraftwerke wird der Ausbau der **erneuerbaren Energien** blockiert und nicht die Verstromung von klimaschädlicher Kohle. Atomkraft und Kohle eint nämlich, dass sie einen steigenden Anteil erneuerbarer Energien im Netz überhaupt nicht gebrauchen können. Dazu gibt es Aussagen, auch wenn Sie immer wieder Nein dazu sagen. Bei **Atomkraftwerken** ist es sicherheitstechnisch kaum möglich – das wissen Sie –, die Anlagen bei schwankenden Windkrafteinspeisungen herauf- und herunterzuregeln. Das ist einfach so. **Kohlekraftwerke** rechnen sich eben nicht, wenn sie nicht permanent in der Nähe der Vollast gefahren werden. Dies ist der Grund dafür, warum weder Kohle noch Atomkraft Brückentechnologien ins solare Zeitalter sind. Im Gegenteil: Ihr Schutz ist ein Schritt ins Gestern.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

(C)

Wissen Sie eigentlich, dass die **CO<sub>2</sub>-Emissionen** in der Energiewirtschaft von 1990 bis 2007 nur um lächerliche 7 Prozent zurückgegangen sind? Und diese 7 Prozent hat uns auch noch größtenteils der Osten geschenkt. Wir haben zwar mittlerweile 14 Prozent erneuerbare Energien im Netz, dafür wurde aber offensichtlich Kohlestrom exportiert. Ich frage Sie: Ist das nun Klimaschutz?

Laut Koalitionsvertrag möchte Schwarz-Gelb für RWE und Co die Hintertüren im Klimaschutz noch weiter öffnen, beispielsweise indem die Anrechnung von vermeintlichen Klimaschutzinvestitionen im Ausland, Stichwort CDM, ausgeweitet werden soll, obwohl wir heute schon wissen, dass hier in großem Maßstab betrogen wird, um an preiswerte Zertifikate zu kommen.

Was den **Emissionshandel** betrifft, haben Sie bereits in der Vergangenheit in Brüssel ganze Arbeit geleistet: Nicht nur, dass wir bis 2012 damit leben müssen, dass die wertvollen Zertifikate vom Staat verschenkt werden, was den Versorgern Extraprofite in Milliardenhöhe einbringt und dem Klimaschutz schadet, nein, auch nach 2012 erhält ausgerechnet die energieintensive Industrie kostenlose Emissionsrechte.

Zusammenfassend möchte ich der neuen Koalition ins Stammbuch schreiben: Die Klima- und Energiepolitik, die Sie anstreben, ist nicht nur widersprüchlich; sie nutzt vor allem den großen Konzernen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(D)

Das ist angesichts der Herausforderungen, vor denen wir stehen, nichts anderes als Klientelpolitik auf Kosten der Umwelt und der Menschen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Marco Bülow [SPD])

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Das Wort hat nun Kollegin Bärbel Höhn für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Röttgen, ich habe mir ganz in Ruhe Ihre Rede angehört. Ich muss sagen: Sie war sehr nachdenklich. Von den Zielen her hat sie mir gut gefallen. 2-Grad-Ziel, Nachhaltigkeit, Erhalt der Artenvielfalt, das sind Ziele, die wir unterstützen werden. Ich mache jetzt etwas, was vielleicht ungewöhnlich ist: Ich wünsche Ihnen für die Erreichung dieser Ziele viel Erfolg. Wenn Sie das anstreben, werden wir Sie dabei unterstützen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, der FDP und der LINKEN)

In der Tat geht es um ganz viel. Es geht um die **Lebensgrundlagen** von uns, von unseren Kindern und

**Bärbel Höhn**

- (A) von unseren Enkelkindern. Wir wissen, dass diese Zeit ganz wichtig ist: Uns bleiben wenige Jahre, um zum Beispiel den **Klimawandel** noch aufhalten zu können. Das heißt, Sie sind in einer sehr entscheidenden Phase Minister geworden. Aber der entscheidende Punkt ist: Was machen wir jetzt? Widersprechen die vorgesehenen Projekte vielleicht dem, was Sie hier sehr nachdenklich formuliert haben?

Sie haben eben die Kanzlerin angesprochen. Sie hat gestern fünf Punkte genannt. Der erste Punkt war die Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise. Sie haben zu Recht gesagt: 500 Milliarden Euro sind auf den Tisch gelegt worden, um diese Krise in den Griff zu bekommen. Was die Prävention der Klimakrise angeht: Auf dem Finanzgipfel der EU ging es um die Verteilung von 5 bis 7 Milliarden Euro, und die EU-Staaten waren nicht in der Lage, diese Verteilung zustande zu bringen. Deutschland hat dabei eine unrühmliche Rolle gespielt. Ich muss sagen: Das steht im Widerspruch zu den Zielen, die Sie hier benannt haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Die Wissenschaftler sagen: Uns bleiben wenige Jahre, um das 2-Grad-Ziel zu erreichen – wenn wir es denn überhaupt schaffen. Aber selbst wenn das 2-Grad-Ziel erreicht wird, kommt es zu dramatischen Überflutungen, zu Dürren, zu Toten, zu Hungernden und zu Flüchtlingsströmen. Wir müssen die mit dem Klimawandel, dem Artensterben, der Ressourcenkrise, dem Wassermangel, dem Hunger verbundenen Fragen zusammen beantworten. Das alles ist miteinander verknüpft und darf nicht isoliert betrachtet werden.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Jeden Tag verschwinden 120 Arten; jeden Tag verschwindet ein Stück Natur. Sie haben zu Recht auf die **Bewahrung der Schöpfung** verwiesen. Folgen Sie aber dem, was in Ihrem Koalitionsvertrag steht, wird Ihnen die Bewahrung der Schöpfung schwergemacht. Der Natur wird in diesem Koalitionsvertrag kein hoher Wert beigemessen. Es ist neu, dass in Zukunft ein Eingriff in die Natur ohne einen Ausgleich an anderer Stelle vollzogen werden kann. Wenn das umgesetzt wird, was in Ihrem Koalitionsvertrag steht, kann man sich mit Ersatzgeld von der Bestrafung für einen Eingriff in die Natur freikaufen. Das ist schlecht. Das ist gegen die Natur. Deshalb sagen wir: Das werden wir nicht mitmachen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Ulrich Kelber [SPD]: Ablasshandel!)

– Das ist ein Ablasshandel zur Naturzerstörung.

Wie wollen Sie eigentlich Ländern wie Brasilien und Indonesien erklären, dass sie ihren **Regenwald** schützen sollen, wenn wir in Deutschland das bisschen Natur, das noch übrig geblieben ist, für alle möglichen Projekte wieder infrage stellen? Dazu muss ich sagen: Wir müs-

sen Vorbild sein. Wir müssen zeigen, dass wir die Natur, die wir noch haben, erhalten wollen, und wir dürfen nicht zulassen, dass sie zerstört wird, wenn nur entsprechendes Geld gezahlt wird. Anders werden wir andere Länder nicht überzeugen, ihren Regenwald zu erhalten. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Die Kanzlerin hat gestern über die vielen Schulden gesprochen, die gemacht werden. Sie hat hierfür eine Lösung präsentiert. Diese Lösung lautete: Wachstum, Wachstum, Wachstum, also **Wachstum** gleichsam als Zauberformel. Ich finde, auch das muss man ein Stück weit hinterfragen. Ist Wachstum eigentlich per se gut? Um welches Wachstum handelt es sich überhaupt? Was soll da überhaupt finanziert werden? In der letzten Regierung war das Konjunkturprogramm die Abwrackprämie. Jetzt sagt der neue Verkehrsminister: Es soll der Autobahnbau finanziert werden, und zwar vor allen Dingen im Westen.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In Bayern!)

– Ja, vor allen Dingen in Bayern. – Hierzu sage ich ganz ehrlich: Wir müssen mit dieser Klientelpolitik aufhören. Wir müssen das Ganze im Auge haben und dürfen nicht immer nur für einzelne Bereiche Politik machen. Damit muss endlich Schluss sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD) (D)

Wir müssen auch dafür sorgen, dass Folgendes nicht mehr möglich ist: Mit dem von der letzten Bundesregierung aufgelegten Konjunkturprogramm wurde in meiner hochverschuldeten Heimatstadt ein Kreisverkehr gebaut. So ist es jetzt noch komplizierter, über die entsprechende Kreuzung zu fahren. Warum wurde der Kreisverkehr gebaut? Weil man für seine Finanzierung zusätzlich Schulden aufnehmen konnte. Für Investitionen in Beton kann man Schulden aufnehmen, für Investitionen in Jugendarbeit, in Kinderbetreuung, das sind konsumtive Aufgaben, darf man keine Schulden aufnehmen. Das muss sich endlich ändern. Wir müssen in die Köpfe unserer Kinder investieren, nicht in Beton. Hier liegt unsere Zukunft. Das wäre nachhaltig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Zuruf des Abg. Ulrich Kelber [SPD])

Sie, Herr Röttgen, sprachen ja auch von **Nachhaltigkeit**. Ja, das ist richtig. Aber von Nachhaltigkeit kann mit Blick auf den Koalitionsvertrag nicht die Rede sein. Darin nimmt man nämlich noch mehr Atommüll und neue Schulden in Kauf. Das ist aber das Gegenteil von Nachhaltigkeit. Sie müssen, wenn Sie davon sprechen, bei den Fakten bleiben. Noch besser wäre es allerdings, wenn Sie das umsetzen würden, wovon Sie sprechen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)



**Bärbel Höhn**

- (A) Eben wurden schon die **erneuerbaren Energien** angesprochen. Es ist in der Tat so, dass Atomkraftwerke und Kohlekraftwerke den Ausbau erneuerbarer Energien verhindern. Warum sollten die großen Energiekonzerne, wenn sie in neue Kohlekraftwerke investieren oder ihre Atomkraftwerke länger in Betrieb lassen können, eigentlich große Windparks in der Nordsee bauen? Das heißt, indem Sie denen jetzt Spielräume geben, verhindern Sie den Bau von Windkraftanlagen in der Nordsee, und genau auf diese Weise verhindern Sie den Ausbau erneuerbarer Energien.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie sprechen von Atomkraft als Brückentechnologie, de facto wirkt diese aber wie eine Mauer. Sie errichten eine Mauer gegen die erneuerbaren Energien, die sozusagen mit Vollgas gegen diese Mauer fahren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Anstatt neue Kohlekraftwerke zuzulassen, sollten Sie lieber in **Energie- und Ressourceneffizienz** investieren. Damit würde man auch sehr viele Arbeitsplätze schaffen. Das Weltmarktvolumen von energieeffizienten Technologien und nachhaltiger Wasserwirtschaft beträgt nämlich 640 Milliarden Euro. Der Marktanteil deutscher Unternehmen beträgt dabei gerade einmal 5 bis 10 Prozent. Doch gerade auf diesem Markt sind kleine und mittelständische Unternehmen und nicht die großen Energiekonzerne aktiv. Wir müssen endlich aufhören, immer nur Lobbyarbeit für die großen Energiekonzerne zu machen. Wir müssen wirklich einmal den Mittelstand unterstützen; das geht über den Ausbau von erneuerbaren Energien und von Energieeffizienz. Damit schaffen wir Arbeitsplätze.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der FDP: Was macht denn Herr Schröder?)

– Mit Schröder habe ich nichts zu tun.

In dreieinhalb Wochen wird die **Klimakonferenz in Kopenhagen** stattfinden. Sie haben zu Recht gesagt, es wäre fatal, wenn diese scheitert. Wir verfolgen bei dieser Klimakonferenz ehrgeizige Emissionsminderungsziele: Eine Reduktion um 40 Prozent ist ehrgeizig. Aber im Koalitionsvertrag zu schreiben, man werde für diese CO<sub>2</sub>-Reduktion sorgen, indem man vermehrt CDM-Projekte in China oder Indien unterstützt, ist fatal. Denn Indien und China werden kommen und sagen: Macht doch selber eure Hausaufgaben. Hier in Deutschland muss eine Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 40 Prozent erreicht werden; nur so werden wir die anderen Länder mit ins Boot bekommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Für die oben genannten Ziele – ich komme zum Schluss – wünschen wir Ihnen viel Erfolg in Kopenhagen. Ich fand es bisher immer toll, Mitglied der deutschen Delegation zu sein. Aber in Poznan habe ich zum

ersten Mal erlebt, dass Deutschland und Europa gebremst haben. Das möchte ich in Kopenhagen nicht noch einmal erleben. Deutschland muss Vorreiter in der EU sein. Deshalb wünsche ich Ihnen viel Erfolg in Kopenhagen. Ich hoffe, dass Sie Ihrer Verantwortung gerecht werden. Aber halten Sie dort Pohl und fallen Sie nicht um! Seien Sie nicht am Ende der Bremser; sonst haben wir hier danach eine ganz andere Debatte.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Das Wort hat nun Marie-Luise Dött für die Fraktion der CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Marie-Luise Dött (CDU/CSU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch in der vor uns liegenden Legislaturperiode werden Umwelt- und Klimaschutz im Zentrum der politischen Arbeit stehen; Sie haben das gerade von allen Rednern gehört. Der Koalitionsvertrag zeigt das mehr als deutlich. Das umwelt- und klimapolitische Programm dieser Regierung ist Garant dafür, dass Deutschland beim Klima- und Umweltschutz auch in Zukunft internationaler Schrittmacher bleibt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Union und FDP werden dafür sorgen, dass das hohe Umweltschutzniveau in Deutschland ausgebaut wird, dass wir in Europa der umweltpolitische Treiber bleiben und dass von Deutschland auch künftig wichtige Impulse für den internationalen Umwelt- und Klimaschutz ausgehen.

Wir alle beobachten die Vorbereitungen zum **Weltklimagipfel in Kopenhagen** sehr genau. Die Vorzeichen für den von uns gewünschten Durchbruch bei den Verhandlungen stimmen nicht gerade hoffnungsvoll. Umso wichtiger ist es, dass wir die verbleibende Zeit nutzen und weiter Überzeugungsarbeit leisten. Globaler Klimaschutz darf nicht zum Feld für politische Profilierung oder vermeintlich wirtschaftliche Vorteilsschöpfung im globalen Wettbewerb werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Augenscheinlich haben noch nicht alle verstanden, dass derjenige, der Klimaschutz als Weg aus der kohlenstoffbasierten Energieerzeugung begreift, sich auch wirtschaftlich fit für die Zukunft macht. Der Wettbewerbsvorteil von morgen entsteht nicht, wenn man möglichst wenig Klimaschutz betreibt. Nicht derjenige verliert, der sich zuerst bewegt; verlieren wird derjenige, der sich zu spät bewegt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Marie-Luise Dött

- (A) Die Übernahme globaler Verantwortung für das Klima und die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit widersprechen sich nicht. Wer heute den politischen Rahmen schafft, um erneuerbare Energien voranzubringen und die Entwicklung von Effizienztechnologien voranzutreiben, der macht die Wirtschaft fit für den globalen Wettbewerb von morgen. Derjenige, der heute handelt, sorgt für eine auch in Zukunft bezahlbare und damit sozial gerechte Energieerzeugung.

Deutschland steht zu seinen **anspruchsvollen Klimazielen**. Wir sind auf einem guten Weg, unsere Verpflichtungen zu erfüllen. Es ist aber an der Zeit, dass andere Staaten sich ihrer Verantwortung stellen und mit konkreten Zusagen und nachprüfbareren nationalen Zielen mitziehen. Kopenhagen braucht keine Schaufensterreden. Es ist höchste Zeit für konkrete nationale Treibhausgas-minderungszusagen aller Industrienationen sowie Zusagen für finanzielle und technologische Unterstützung für die Entwicklungsländer.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, der Koalitionsvertrag ist ein klares Bekenntnis zu einer anspruchsvollen, modernen Umweltpolitik. Er ist Ausdruck umwelt- und klimapolitischer Kontinuität. Beim Klimaschutz, bei den erneuerbaren Energien, bei Abfall, Wasser und Naturschutz werden wir den für Bürger und Unternehmen verlässlichen rechtlichen Rahmen weiterentwickeln. Dabei gibt es aus meiner Sicht vor allem einen zentralen Ansatz, ein zentrales Kriterium, das wir stärker beachten werden: Wir brauchen im Umwelt- und Klimaschutz mehr **Effizienz**. Wir müssen stärker als bisher das Kosten-Nutzen-Verhältnis der Maßnahmen im Auge behalten. Das ist in wirtschaftlich normalen Zeiten schon ein Gebot; in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise muss die Effizienz des Mitteleinsatzes ein ganz entscheidendes Beurteilungskriterium sein. Der Einsatz eines jeden Euros, den wir für Umwelt- und Ressourcenschutz ausgeben – ob aus Haushaltsmitteln, von Unternehmen oder von Bürgern –, muss unter Effizienzgesichtspunkten gerechtfertigt sein.

- (B)

Hier gibt es auch im Bereich der Umweltpolitik Prüfungsbedarf. Nehmen Sie das Beispiel der Förderung der erneuerbaren Energien. Wir werden bei der **Förderung der erneuerbaren Energien** am bewährten Erneuerbare-Energien-Gesetz festhalten, weil wir wissen, dass nur mit einer verlässlichen Förderung unsere anspruchsvollen Ziele in diesem Bereich erreichbar sind. Wir werden daran festhalten, weil wir wissen, dass inzwischen Hunderttausende Arbeitsplätze an der erneuerbaren Energie hängen, und weil wir wissen, dass Öl und Gas mittelfristig weiter im Preis steigen werden.

Richtig ist aber auch, dass wir die erneuerbaren Energien mit erheblichen finanziellen Mitteln über die Einspeisevergütung fördern. Es ist für die Politik nicht nur legitim, sondern es ist die Pflicht, die Effizienz solcher Förderung im Auge zu behalten. Ich sage das sehr deutlich. Hier geht es um Über-, aber genauso auch um Unterförderung. Es geht um die Effizienz des Umgangs mit dem Geld der Bürger.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(C)

Nicht bei maximaler, sondern bei optimaler Mittelallokation erhalten wir die erforderliche Innovationsdynamik, die am Ende der Umwelt am meisten nutzt. Umweltpolitik muss deshalb immer auch als wirtschaftliche Optimierungsaufgabe verstanden werden. Das erhöht nicht nur die Wirkung von Umweltpolitik, sondern auch ihre Akzeptanz beim Bürger.

Wenn es um Effizienz geht, dann gehören dazu auch faire Wettbewerbsbedingungen für alle Anbieter von Umweltdienstleistungen. Es reicht nicht, den Mittelstand regelmäßig für seine Leistungsfähigkeit zu loben. Gerade der Mittelstand braucht **fairen Wettbewerb**.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Ein fairer Wettbewerb ist das sicherste Instrument, um Effizienzreserven zu heben.

Eine effiziente Umweltpolitik ist von neuen, zukunftsweisenden Technologien abhängig. Sie schaffen Arbeitsplätze in Deutschland sowie Technologien, Werkstoffe und Produkte für die Märkte von morgen. Wenn wir die globalen „grünen Zukunftsmärkte“ besetzen wollen, müssen wir heute dafür sorgen, dass Forschung und Entwicklung im hohen Maße technologieoffen erfolgen kann.

Natürlich müssen die Bedenken bei modernen Technologien ernst genommen werden. Natürlich brauchen wir begleitende Sicherheitsforschung. Es ist aber der falsche Weg, stetig Ängste zu schüren und jede neue Technologie zunächst einmal zu stigmatisieren. **Forschung und technologischer Fortschritt** sind auch im Umwelt- und Klimaschutz der Schlüssel zur Zukunft.

(D)

(Beifall des Abg. Dr. Lutz Knopek [FDP])

Diesen Schlüssel dürfen wir nicht aus der Hand geben, weder bei der Elektromobilität noch bei den Nanotechnologien oder den Biotechnologien. Moderne Technologien sind keine Bedrohung, sondern eine Chance – auch für den Umwelt- und Klimaschutz.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Derzeit steht völlig zu Recht die Klimakonferenz in Kopenhagen im Mittelpunkt des politischen Interesses. Es ist mir wichtig, hier auch daran zu erinnern, dass im Oktober nächsten Jahres in Japan die 10. Vertragsstaatenkonferenz zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt stattfindet. Wir haben im Koalitionsvertrag eine ganze Reihe von wichtigen Maßnahmen verankert, die auch mit Blick auf diese Konferenz von Bedeutung sind. Dazu gehören: die Entwicklung eines Bundesprogramms zur Umsetzung der Biodiversitätsstrategie, die Erarbeitung eines „Bundesprogramms Wiedervernetzung“, die endgültige Sicherung des Nationalen Naturerbes und – das freut mich angesichts des 20-jährigen Jubiläums des Mauerfalls besonders – die Sicherung des Grünen Bandes Deutschland entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze als Naturmonument.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Marie-Luise Dött**

- (A) Dabei werden wir die Maßnahmen in Zusammenarbeit mit allen Verantwortlichen und den Betroffenen planen und umsetzen. Kooperation statt Konfrontation – auch das ist ein Prinzip einer innovativen und effizienten Umweltpolitik.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Das Wort hat nun Marco Bülow für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Marco Bülow (SPD):**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Minister, die Energiepolitik von Union und FDP sollte der große Wurf werden. Doch schauen wir uns einmal an, was im Koalitionsvertrag zur Energiepolitik festgelegt wurde. Da wurde vorher ein umfangreiches Energiekonzept versprochen. Herausgekommen sind vage Andeutungen. Nichts Genaues weiß man nicht. Es ist eher ein Flickwerk, über das wir heute sprechen.

- (B) Die FDP hat in Oppositionszeiten immer wieder kritisiert – teilweise zu Recht –, dass die **Energieeffizienz** in der Regierung eine zu kleine Rolle spielt. In der Tat hat sich die SPD, was die Energieeffizienz angeht, häufig die Zähne an den jeweiligen Ministern für Wirtschaft und Technologie ausgebissen. Doch schauen wir uns an, was heute im Koalitionsvertrag zur Energieeffizienz steht. Es sind nur elf Zeilen, in denen eigentlich nichts steht – außer dass die EU-Vorlagen eins zu eins umgesetzt werden müssen. Die EU-Vorlagen eins zu eins umzusetzen heißt – das hat Herr Kelber schon gesagt –, sich an dem Land zu orientieren, das in Europa alles blockiert. Das bedeutet höchstens Mittelmaß bei der Energieeffizienz.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Kommen wir zu den **erneuerbaren Energien**. Ich bin wie wahrscheinlich viele in diesem Haus froh darüber, dass sich endlich auch die FDP und die Union insgesamt für die erneuerbaren Energien einsetzen. Sie werden auch weiterhin gefördert – Gott sei Dank. Trotzdem, so ganz sicher sind Sie sich anscheinend nicht. Noch im Wahlkampf sagte zum Beispiel der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Meister, dass die Vorrangregelung nicht weiter gelten soll. Gott sei Dank haben sich die Fortschrittlichen in beiden Parteien durchgesetzt; die Vorrangregelung wird bestehen bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Eine erste Maßnahme ist jedoch die Kürzung der Fördersätze. Darüber hinaus ist die Diskussion über die Erneuerbaren nicht zielgerichtet. Wenn man diese wirklich fördern will, dann muss man schauen, wohin die Reise geht. Hierbei geht es um die Netzintegration und vor allen Dingen um die Förderung von Kombikraftwerken. Ich glaube, dass wir zielgerichtet darüber diskutieren

- müssen – da werden Sie uns an Ihrer Seite haben –, wie man die Erneuerbaren fördert. (C)

Ich fordere Sie auf – das ist wichtig; Sie haben ja nicht nur hier, sondern auch in den Ländern die Mehrheit –, mit Ihren Kolleginnen und Kollegen in den Ländern zu sprechen. Eine Behinderung der Erneuerbaren stellt zum Beispiel die Höhenbegrenzung von Windkraftanlagen dar. Wenn man die Erneuerbaren ausbauen will, dann muss man die Hemmnisse, die es gerade auf Länderebene gibt, endlich beseitigen. Die Mehrheiten dazu haben Sie. Gehen Sie dort also voran!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Schauen wir uns einen weiteren Punkt an. Auch da gibt es eine große Ankündigung, aus der nichts geworden ist. Zur Entflechtung der Oligopole der großen Energieunternehmen ist nichts mehr in der Koalitionsvereinbarung zu lesen. Aber es gibt ja die Wunderwaffe von Schwarz-Gelb, die in der Energiepolitik alles rettet: Das ist die **Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke**. Dies ist eine antiquierte und nicht zukunftsfähige Energie, die man jetzt doch noch einmal aus der Mottenkiste herausholen will. Bei den großen Energieunternehmen haben die Sektorkorken geknallt, als das Wahlergebnis bekannt geworden ist; denn sie wussten, sie werden zusätzliche hohe Milliardengewinne einfahren.

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kauch? (D)

**Marco Bülow (SPD):**

Ja, natürlich.

**Michael Kauch (FDP):**

Lieber Kollege Bülow, Sie haben im Zusammenhang mit dem Koalitionsvertrag zwei Behauptungen aufgestellt, zu denen ich Sie bitte, noch einmal im Vertrag nachzuschauen: Erstens bitte ich Sie, zur Kenntnis zu nehmen, dass wir bezüglich der Kombikraftwerke die Vereinbarung getroffen haben, dass es in der nächsten EEG-Novelle einen Stetigkeitsbonus geben wird. Zweitens bitte ich Sie, zur Kenntnis zu nehmen – dies ist Bestandteil des Koalitionsvertrages –, dass wir genau das, was Sie gefordert haben, nämlich für diesen Bereich ein Entflechtungsinstrument in das Kartellrecht, in das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen aufzunehmen, auf Initiative der FDP vereinbart haben.

**Marco Bülow (SPD):**

Dass für Kombikraftwerke ein Stetigkeitsbonus eingeführt werden soll, ist zwar ein Ansatz, geht mir aber nicht weit genug. Ich habe nicht gesagt, dass im Koalitionsvertrag nichts steht. Ich habe gesagt, dass wir eine zielgerichtete Diskussion führen müssen. Insgesamt glaube ich aber, dass im Koalitionsvertrag im Hinblick auf die Erneuerbaren nicht viel Neues enthalten ist.

Was die Entflechtung angeht, kann ich Ihnen nur sagen: Mit dem, was Sie dort festgeschrieben haben, wird

Marco Bülow

- (A) es keine Entflechtung geben. Das wissen Sie genauso gut wie ich. Mit der **Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke** wird eigentlich erst recht alles verstetigt, wie es ist. Ich glaube also, dass es am Ende dieser vier Jahre eher eine Verstetigung der Monopolstrukturen geben wird und wir keinen Schritt vorwärts gekommen sein werden.

(Beifall bei der SPD)

Als Nächstes komme ich darauf zu sprechen, was der Bürger davon hat. Vielleicht haben ja auch die Bürgerinnen und Bürger etwas davon, dass die Laufzeiten der Kernkraftwerke verlängert werden. Es wird immer viel davon geredet, dass dann zum Beispiel die Energiepreise sinken werden. Alle wissen aber mittlerweile, dass der Energiepreis an der Börse festgelegt wird und dass Länder, die einen sehr hohen Anteil an Atomenergie haben, keine niedrigen Energiepreise haben. Der Bürger wird davon also nichts haben. Aber ich sage Ihnen, was der Bürger von der Verlängerung der Restlaufzeiten haben wird:

Erstens wird er – das habe ich gerade schon angedeutet – davon haben, dass sich die Monopolstrukturen verstetigen und die vier großen Energieversorger weiterhin die Preise diktieren.

Zweitens wird er davon haben, dass bei einer Verlängerung der Laufzeiten in zehn Jahren 4 500 Tonnen hochradioaktiver Atommüll zusätzlich gelagert werden müssen.

- (B) Drittens wird er davon haben, dass er in der Unsicherheit leben muss, dass einer der Pannenreaktoren, die weiterhin am Netz bleiben, vielleicht doch einmal explodiert, oder zumindest mit Zwischenfällen leben muss.

Viertens wird er davon haben, dass die Versorgungssicherheit zurückgeht. Es kann sich ja bei diesen Reaktoren nicht nur ein großer Unfall ereignen; vielmehr sind fast immer ein, zwei oder drei dieser Reaktoren gar nicht am Netz und bringen also nicht die Energie ins Netz, die eingeplant ist. Dadurch wird auch die Versorgungssicherheit geschwächt. Hier haben wir ein großes Trauerspiel zu beklagen.

Fünftens wird er davon haben – das ist der wichtigste Punkt, der schon ein paar Mal angesprochen wurde –, dass die Investitionen in die Erneuerbaren, der Ausbau der erneuerbaren Energien, gebremst werden. Eines ist doch klar: Die Gewissheit, dass solche Großkraftwerke noch zehn oder wie viele Jahre auch immer länger laufen werden, wird dazu führen, dass der Druck, weiterhin in die Erneuerbaren zu investieren, aus dem Kessel entweicht. Diese Investitionen werden zurückgehen.

Deswegen nenne ich dieses Gesetz oder dieses Programm das größte Mittelstandshemmnisprogramm der letzten 20 Jahre. Eines ist klar: Gerade im Bereich der erneuerbaren Energien wurden sehr viele Arbeitsplätze beim Mittelstand und beim Handwerk geschaffen, was bei der Atomwirtschaft eben nicht der Fall ist. Diese Maßnahme wird also eindeutig den Mittelstand schädigen; auch dies werden die Bürgerinnen und Bürger in Kauf nehmen müssen.

Richtig ist, dass Ihnen selber bei der ganzen Geschichte nicht wohl ist. Deswegen wird von Ihnen immer häufiger von der **Brückentechnologie Atomenergie** gesprochen. Brückentechnologie ist aber nur ein anderes Wort dafür, dass es sich um eine alte Technologie handelt, die Sie eigentlich selber nicht mehr wollen, aber jetzt noch ein bisschen in Kauf nehmen. Am besten wäre es daher, beim alten Beschluss zu bleiben und die Atomenergie auslaufen zu lassen. Das wäre der ehrlichste Umgang.

Herr Minister, ich wünsche Ihnen bei Ihrer Arbeit alles Gute, vor allen Dingen bei der Klimakonferenz, aber auch beim Ausbau der erneuerbaren Energien und vielen anderen Projekten, die Sie vor sich haben. Vor allem aber wünsche ich Ihnen ein besseres Händchen – ich weiß, dass Sie teilweise gar nicht dabei waren – als bei dem Ergebnis, das im Koalitionsvertrag steht. Dann werden Sie uns konstruktiv an Ihrer Seite haben. Ansonsten werden Sie natürlich mit Kritik zu rechnen haben. In diesem Sinne alles Gute!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Ich erteile das Wort dem Kollegen Horst Meierhofer für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

**Horst Meierhofer (FDP):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man hat das Gefühl, die Kollegen aus der Opposition haben ihre Reden vorher geschrieben und können es eigentlich gar nicht fassen, dass die FDP und die Union sich im Hinblick auf die **erneuerbaren Energien** wesentlich positiver aussprechen, als sie es jemals erwartet hätten.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Deswegen sind sie jetzt nicht in der Lage, auf das zu reagieren, worum es wirklich geht, und stellen hier irgendwelche schrecklichen Märchen und Albträume in den Raum, von denen sie glauben, dass sie wahr würden, obwohl nichts, aber auch gar nichts davon wahr ist. Die gesamte Branche der erneuerbaren Energien hat dies kapiert. Ich bitte daher auch Sie, es endlich zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Ulrich Kelber [SPD]: Bestes Fußballteam von Grönland, kann ich da nur sagen!)

Es ist köstlich, wenn ich hier höre, wir seien die größten Lobbyisten der Großkonzerne. Die beiden bekanntesten, die mir in diesem Zusammenhang einfallen, sind die beiden Gasleute Gerhard Schröder und Joschka Fischer.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Insofern scheinen die großen Lobbyisten bei Ihnen und nicht bei uns zu sitzen. Auch hier sollten wir einmal da-

**Horst Meierhofer**

- (A) rauf achten, wie weit Wirklichkeit und Anspruch auseinander liegen.

Sie haben hier so getan, als garantierten wir den Großkonzernen irgendwelche Gewinne, indem wir sagten, ein großes Unternehmen müsse weiterhin die ganze Zeit am Netz sein, weil es sich ansonsten nicht lohne. Es ist doch nicht die Entscheidung der Politik, ob sich ein Atomkraftwerk oder ein Kohlekraftwerk lohnt. Es ist die Entscheidung eines jeden Unternehmers, ob es sich lohnt oder nicht. Solange es den Einspeisevorgang gibt – dafür haben wir uns verpflichtet –, sind all Ihre ganzen Befürchtungen obsolet, Sie können sie vergessen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich würde gerne zu zwei oder drei anderen Themen noch etwas sagen. Zum einen geht es um den Bereich der **Rohstoffpolitik**. Wir hatten früher – gerade in den 90er-Jahren – Probleme mit Müllbergen, mit der Entsorgungspolitik im Allgemeinen. Das ist Gott sei Dank vorbei. Wir sind mittlerweile auf einem Weg – den haben wir hier auch eingeschlagen –, Rohstoffe und Ressourcen als Wertstoffe anzusehen. Dieser Bereich ist mir ganz wichtig. Wir können es uns ökologisch und ökonomisch einfach nicht mehr leisten, alles nur noch als Abfall zu betrachten. Meist sind es Wertstoffe.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zuruf von der SPD)

- (B) Dafür müssen wir den Weg freimachen. Wir müssen uns von alten Denkweisen verabschieden und Verpackung definieren. Wir müssen uns überlegen, welches Material welche Eigenschaften hat. Danach müssen wir entscheiden. Ich hoffe – in der letzten Legislaturperiode hatte ich den Eindruck –, dass wir mit der Opposition einen breiten Konsens erreichen können.

Wir müssen die **Verpackungsverordnung** neu konstruieren. Das ist wichtig. Wir brauchen einen echten Neuanfang und dürfen nicht weiter im alten System bleiben. Wir brauchen effizientere und verbraucherfreundlichere Abfall- und Ressourcenpolitik. Wir müssen weg von der alten Symbolpolitik, in der wir die Menschen als dressierte Äffchen betrachteten. Vielmehr müssen wir darauf achten, dass wir beste Ergebnisse erzielen und den Menschen möglichst wenig Umstände zumuten, wenn sie ökologisch nicht sinnvoll sind.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Ich möchte einen kritischen Punkt ansprechen: die **steuerliche Gleichstellung im Abfallbereich**. Es gab einen großen Aufschrei in der Bevölkerung und in der Opposition. Uns wurde vorgeworfen, dass wir die Menschen abkassieren wollen. Das Gegenteil ist der Fall. Ich will Ihnen das erklären.

Es geht darum, dass wir die Privilegien abschaffen, die vor allem die öffentlich-rechtlichen Unternehmen haben. Es ist natürlich schwer, die Abschaffung von Privilegien zu akzeptieren, wenn man sie über Jahrzehnte gehabt hat. Aber eins möchte ich Ihnen sagen: Wenn jemand bereit ist, privat Geld zu investieren, und das Risiko des Unternehmertums eingeht und dabei in einem

Wettbewerb mit der öffentlichen Hand steht, in dem die öffentliche Hand 0 Prozent Mehrwertsteuer zahlt und der private Unternehmer 19 Prozent, dann halte ich das, ehrlich gesagt, für einen Skandal.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir müssen zu fairen Wettbewerbsbedingungen kommen. Das bedeutet nicht, dass es teurer wird bzw. dass die Daseinsfürsorge geschmälert wird. Ganz im Gegenteil. Beim Trinkwasser – ein sehr sensibler Bereich – war es sicher genauso. Wir haben es geschafft, einen fairen Wettbewerb durch einen ermäßigten Steuersatz zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Unternehmen zu gewährleisten. Da es uns dort gelungen ist, wird es uns auch im Bereich Abfall gelingen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Ulrich Kelber [SPD]: Alle den ermäßigten, den hohen, oder alle nichts?)

Es geht darum, dass wir keine Abzocke wollen. Wir wollen genau das Gegenteil. Wir haben festgestellt, dass auch schon jetzt Unternehmen, die den vollen Mehrwertsteuersatz zahlen, mit den öffentlich-rechtlichen, die keine Mehrwertsteuer zahlen, zum Teil mithalten können. Man sieht, dass es bei der Einsparung große Potenziale gibt. Wir müssen es schaffen, die Unternehmen in einen fairen Wettbewerb zu bringen. Wenn uns das gelingt, dann haben wir eine große Chance auf Erfolg.

(Beifall bei der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Welchen Mehrwertsteuersatz?)

(D) Lassen Sie mich etwas zum Thema **Durchgängigkeit von Fließgewässern** sagen. Mir persönlich war es ein Anliegen, dass wir uns darauf geeinigt haben, den hohen Wert der frei fließenden Gewässer anzuerkennen. Wir wollen die Durchgängigkeit nicht nur halten, sondern sogar noch ausbauen. Das ist wichtig, weil es auch die Europäische Wasserrahmenrichtlinie vorschreibt. Wir erkennen fließende Gewässer als echten Wert und nicht nur als Wasserstraße an. Wir müssen die Menschen, Tiere und Pflanzen in den Fokus stellen, statt nur die zu transportierenden Frachten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Auch das haben wir in diesem Koalitionsvertrag vereinbart.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir uns an einer Stelle nicht geeinigt haben, nämlich in der Frage, wie es mit der Donau zwischen Straubing und Vilshofen weitergeht. Das finde ich schade, aber auch das muss man offen diskutieren.

Mein letzter Punkt, über den ich gerne sprechen würde, ist der **Lärmschutz**. Wir haben uns für mehr Infrastruktur ausgesprochen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Menschen frei in ihren Entscheidungen sind, weil sie sich auch frei entfalten wollen. Es ist aber auch wichtig, dass wir den Menschen den Schutz geben, den sie benötigen. Einen Schutz geben wir ihnen dadurch, dass wir Lärmschutz ermöglichen, dass wir die Lärmschutzwerte verschärfen, dass wir den Schienenbo-

**Horst Meierhofer**

- (A) nus abschaffen, dass wir lärmabhängige Trassenpreise bei der Bahn einführen. Sie sehen, es gibt viele konkrete Punkte, die zu einer Verbesserung dessen führen, was die Menschen erwarten können, zu einem echten Natur- und Umweltschutz für die Menschen und mit den Menschen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es ist keine Frage von links oder rechts, wie man mit Ökologie umgeht. Es geht auch nicht darum, was aus Ihrer Sicht ideologisch richtig oder falsch ist. Es geht um die Frage, ob etwas grundsätzlich richtig oder falsch ist. Es geht um den Unterschied zwischen gut gemeint und gut gemacht. Wir entscheiden uns für gut gemacht.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Das Wort hat nun Kollegin Dorothee Menzner für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Dorothee Menzner (DIE LINKE):**

- Herr Präsident! Herr Minister! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das zentrale Projekt der Koalition im Bereich Energie und Klimapolitik ist die **Aufkündigung des Atomausstiegs**. Das ist ein Rollback und eine Verhöhnung der Menschen, die sich seit Jahren und Jahrzehnten für ihre Sicherheit, für die Sicherheit ihrer Kinder und für die Sicherheit der Umwelt engagieren, der Menschen, die sagen: Ein sofortiger Atomausstieg ist nötig.

Die Kapitalanleger haben das sehr schnell realisiert. Die Entwicklung des Aktienkurses der großen Stromkonzerne in den letzten Wochen macht das deutlich. Die Anleger wissen: Längere Laufzeiten längst abgeschriebener AKWs sind eine Lizenz zum Gelddrucken.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Genau so ist es!)

Laufzeitverlängerungen – das ist hier schon mehrfach gesagt worden – sind keine Brücke für erneuerbare Energien, sondern eher eine Weichenstellung dagegen. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung bringt es auf den Punkt, wenn er sagt, es gebe einen grundlegenden Systemkonflikt zwischen Atom- und Kohlekraftwerken auf der einen und erneuerbaren Energien auf der anderen Seite. Ich halte es für sehr sinnvoll, wenn sich die Politik von Sachverständigen beraten lässt. Man sollte sie aber nicht nur reden lassen, und man sollte nicht beratungsresistent sein. Das, was ich in diesem Koalitionsvertrag lese, lässt allerdings einen anderen Schluss zu.

Zum Hauptpunkt meiner heutigen Rede, zur **atomaren Endlagerung**: Dabei haben wir einen grundlegenden Dissens, der sich nicht einfach auflösen lässt. Der dürre Satz im Koalitionsvertrag „Die Endlager Asse II und Morsleben sind in einem zügigen und transparenten

Verfahren zu schließen“ macht deutlich, was die Koalition plant: Deckel drauf, Augen zu. (C)

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Super!)

Es mag Sie ja wenig beeindrucken, wenn wir als Linke sagen, dass das mit uns nicht zu machen ist. Aber ich versichere Ihnen: Auch die Menschen in der Region, die Menschen in Niedersachsen werden das nicht mit sich machen lassen. Das machen sie seit 30 Jahren immer wieder deutlich. Ich erinnere alle, die das vielleicht nicht mehr im Kopf haben, an die Lichterkette im Februar, die von Braunschweig über Schacht Konrad zur Asse führte, oder an den Treck aus dem Wendland nach Berlin im September.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Widerstand lebt seit 30 Jahren. Er ist vital und wird auch weiterhin vielfach sichtbar werden. Die Menschen in Niedersachsen und anderswo lassen sich nicht verschaukeln, und sie lassen sich auch nicht belügen. Davor haben Sie Angst.

Dass eine Gefahr besteht, haben Sie gestern – ich vermute, unfreiwillig – dokumentiert. Gestern erhielten wir die Antwort auf eine Kleine Anfrage meiner Kollegen Petra Pau zu den **Kosten für Asse II**. Sie fragte, was die Konzerne, die eingelagert haben, für die Einlagerung in der Asse II bezahlt haben. Aus der Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Heinen-Esser geht hervor, dass die Konzerne genau 16 548 553,68 DM gezahlt haben, also rund 16,5 Millionen DM. Weiterhin teilt das Ministerium mit – ich zitiere –:

Eine rechtlich verpflichtende Beteiligung der Energieversorgungsunternehmen an den Stilllegungskosten der Asse hätte vor der Ablieferung der Abfälle mit den Erzeugern vereinbart werden müssen. Dies ist jedoch nicht geschehen. (D)

Und dann schreiben Sie im Koalitionsvertrag, dass Sie es anstreben, die Unternehmen, die Erzeuger an den Kosten der Erschließung zu beteiligen. Das klingt in den Ohren der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler wie Hohn. Sie müssen für die Milliarden einstehen, die bei der Schließung der Asse – das ist absehbar – auf uns alle zukommen werden.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Ulrich Kelber [SPD] und der Abg. Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Beides werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen. Wir werden es Ihnen nicht durchgehen lassen, dass danach gehandelt wird, was opportun und politisch gewollt ist. Es wird darum gehen müssen, ein transparentes und optimal sicheres Verfahren zu finden. Man muss sicherstellen, dass die Gefahren für die Menschen heute und in der Zukunft möglichst gering sind. Dafür stehen wir. Diese Auseinandersetzung werden wir in den nächsten Jahren auch von dieser Stelle aus führen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**(A) Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Das Wort hat nun Kollege Josef Göppel für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Josef Göppel (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am Verhalten der Deutschen in der Umweltpolitik richten sich viele andere aus. Wenn sich die Deutschen in einer Sache zurückhalten, dann bleiben auch viele andere in der Deckung. Das merken die Teilnehmer an internationalen Umweltkonferenzen immer wieder. Deshalb brauchen wir in der jetzigen Phase einer gewissen Stagnation in der internationalen Klimapolitik einen neuen Anschlag.

Herr Bundesminister Röttgen, wir wünschen Ihnen Glück im neuen Amt. Ich darf Ihnen die volle Unterstützung der Umweltpolitiker und Umweltpolitikerinnen der Union zusagen. Wir erwarten allerdings viel von Ihnen. Die erste große Herausforderung liegt jetzt in Kopenhagen. Dort muss der gordische Knoten der gegenseitigen Zurückhaltung durchschlagen und es müssen konkrete Angebote für den internationalen Waldschutz und für die Entwicklung klimaverträglicher Technologien in den Entwicklungsländern auf den Tisch gelegt werden.

Ich möchte Ihnen sehr danken, dass Sie sich, was die Ziele für Kopenhagen angeht, so klar positioniert haben.

**(B)** Wir haben es auf innereuropäischer Ebene mit demselben Sachverhalt zu tun. Ich nenne das Gezerre um die sogenannten Nullenergiehäuser bei Neubauten ab 2019, die das Europäische Parlament vorschreiben will, oder auch um die verpflichtenden Anreize in der europäischen Gebäudeeffizienzrichtlinie für die energetische Sanierung von Altbauten. Der Europäische Rat ist nach wie vor dagegen. Wir in Deutschland haben solche Anreize mit den KfW-Programmen, mit dem Marktanzreizprogramm des Umweltministeriums, und ich hoffe, es wird eines Tages auch steuerliche Anreize geben, weil da viel Geld sinnvoll lockergemacht werden kann für den Klimaschutz, für Energieeinsparung und für Arbeitsplätze in Handwerk und Mittelstand.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Ulrich Kelber [SPD])

Der Wandel von einer zentralen zu einer **dezentralen Stromerzeugung**, die Abwärme vermeidet, wo Abwärme also nicht ungenutzt bleibt, sondern zusammen mit der Stromerzeugung sinnvoll genutzt werden kann, ist ein Schlüssel für unsere technologische Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten der Zukunft und natürlich auch für den Klimaschutz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen möchte ich an dieser Stelle auf die **Verlängerung von Laufzeiten** eingehen. Herr Kollege Kauch hat völlig recht. Im Vertrag steht: Wir sind bereit, Laufzeiten zu verlängern. – Aber ich sage hier auch ganz deutlich: Wenn die Begrenzung der Laufzeiten fällt, dann müssen auch die Gegenleistungen im Ausstiegsver-

trag der damaligen rot-grünen Koalition vom Juni 2000 fallen, nämlich die steuerliche Begünstigung der Rücklagen, die Begrenzung der Versicherungspflicht für Reaktoren, die bis zu zehn Jahre langen Prüfungsintervalle und die Begünstigung – es ist da von „ungestörtem Betrieb“ die Rede – im Wettbewerb mit anderen Formen der Stromerzeugung. Das zusammen schafft ein Klima, das man entweder für Innovationen nutzen kann oder für die Zementierung von Zuständen. Unser Nachbarland Belgien macht übrigens im Moment vor, wie ein solcher Energievertrag für ein ganzes Land aussehen kann.

Die Internationale Energieagentur hat gestern bekanntgegeben, dass die Investitionen im Energiesektor wegen der Finanzkrise um 20 Prozent eingebrochen sind. Die Umweltpolitik hat ein elementares Interesse an einer wirkungsvollen Regulierung des Finanzsektors. Das Geld, das zur Rettung von Banken ausgegeben werden muss, steht nicht mehr für technische Innovationen und für den Klimaschutz zur Verfügung.

Ich denke, dass an der Stelle eine neue kulturell-geistige Diskussion angebracht ist, die das Überstülpen von **ökonomischen Kategorien** auf alle Lebensvorgänge überwindet. Da möchte ich Sie, Herr Minister Röttgen, zitieren und unterstützen. Sie haben die ethische Verankerung der Umweltpolitik angemahnt. Die aktuelle Situation hat niemand besser beschrieben als Roger de Weck in der *FAZ* vom vergangenen Sonntag. In einem Artikel hat er geschrieben:

Die derzeitige Krise ... ist eine Folge ... jener Denkweise, die alles nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten beurteilt und nur wirtschaftliche Kategorien anerkennt ... **(D)**

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist nicht neu!)

Heute beherrscht der Markt die Gesellschaft, statt ihr zu dienen.

Die Umweltpolitik der nächsten vier Jahre steht deshalb, so denke ich, auch unter einem starken Wertanspruch. Gehen wir an unsere Aufgaben heran im Bewusstsein der Fülle des Lebens!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Das Wort hat nun Kollege Frank Schwabe für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Frank Schwabe (SPD):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist nicht ganz leicht, seiner Oppositionsrolle gerecht zu werden, wenn gerade vorher der Kollege Göppel geredet hat.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Frank Schwabe

- (A) Ich finde, dass auch der Herr Bundesminister viele richtige Worte gefunden hat. In einigen Tagen findet die **Klimakonferenz in Kopenhagen** statt. Einige von uns werden in Kopenhagen vor Ort sein. Wir brauchen in der Tat ein substantielles Abkommen; ich fand die Worte dazu durchaus richtig. Das ist eine historische Aufgabe. Jedes weitere Jahr ohne ein solches Abkommen wird ein in mehrfacher Hinsicht verlorenes Jahr sein. Ich finde auch richtig – das will ich an dieser Stelle ausdrücklich sagen –, dass die Kanzlerin gestern gesagt hat, dass auch sie in Kopenhagen vor Ort sein wird und, so hoffe ich, zum Gelingen dieses Abkommens beitragen kann. Herr Röttgen, hier haben Sie unsere Unterstützung.

Das waren dann aber auch schon die Gemeinsamkeiten. Es geht nämlich um Grundsatzfragen der deutschen Klima- und Energiepolitik in den nächsten Jahren. Die zentrale Frage ist, ob man jenseits von Rhetorik und Lyrik – auch das ist natürlich notwendig – versteht, welche Auseinandersetzungen es eigentlich gibt und welche zentrale Herausforderung der Klimawandel an die Veränderungsbereitschaft von Volkswirtschaften und im Hinblick auf die Veränderungsnotwendigkeiten in der Energieversorgung stellt.

All das, was Sie dazu gesagt haben, hat sich gut angehört. Ich bin gespannt, wie Sie sich in den nächsten Jahren mit Ihrer Fraktion und mit der FDP-Fraktion verständigen werden. Ich kann Ihnen sagen: Das ist, zumindest was die Unionsfraktion angeht, nicht ganz leicht. Diese Erfahrung haben wir in den letzten Jahren gemacht.

- (B) Es geht um die Frage: Will man eine neue, zukunfts-fähige Energiepolitik betreiben, oder will man das, was ist, konservieren, den Umbau verhindern und – es tut mir leid, das sagen zu müssen – das Werk von Lobbyisten betreiben? Im Koalitionsvertrag steht das eine oder andere Gute – das will ich Ihnen durchaus zugestehen; es gab in den letzten Jahren manche Lerneffekte –, aber an vielen Stellen habe ich den Eindruck: Das ist eins zu eins von Lobbyisten übernommen worden. Ich bin mir im Übrigen sicher: Die Wahrheit werden wir erst nach der NRW-Wahl zu hören bekommen.

Wir führen in der SPD gerade eine interne Diskussion darüber, was in den letzten elf Jahren unserer Regierungsbeteiligung gut war und was nicht so gut war. Das ist notwendig, und wir machen das sehr selbstbewusst und sehr eigenständig.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Das stünde der FDP auch gut an!)

– Ja, das ist vernünftig.

Was die Klima- und Energiepolitik angeht, will ich Ihnen sagen: Wir sind alle gemeinsam sehr stolz auf das, was in den letzten Jahren erreicht wurde. Wir haben uns eine internationale Führungsrolle erkämpft – sie ist unter anderem mit den Namen Hermann Scheer, Michael Müller und sicherlich auch Sigmar Gabriel verbunden –, und wir haben es geschafft, eine nationale Strategie zum Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben. Ich sage Ihnen: Das geht nicht ohne Weiteres, sondern das ist gegen massive Widerstände erkämpft worden, gegen mas-

- sive Widerstände der FDP, der CDU, der CSU und von Teilen der Gesellschaft. Jetzt wollen Sie, Herr Röttgen, für eine neue Politik stehen. Ich wünsche Ihnen dabei viel Erfolg. Aber ich sage Ihnen: Das wird nicht ganz leicht werden. (C)

Zum Atomausstieg und zu den erneuerbaren Energien. Sie versuchen, die **Kernenergie** als Brückentechnologie darzustellen und den Menschen möglichst viel Sand in die Augen zu streuen. Die Börsen haben es verstanden. Einen Tag nach der Wahl konnte man beobachten, wie sich die Aktienkurse der entsprechenden Unternehmen entwickeln. Atomkraft und der Ausbau erneuerbarer Energien passen nicht zusammen. Das hört sich immer schön an. Wenn man sich das aber unter technischen Gesichtspunkten ansieht, stellt man fest: Auf Dauer wird das nicht funktionieren. Die Lobbygruppen werden in den nächsten Jahren entsprechend wirken.

Meine Sorgen sind, dass die Fliehkräfte in Ihrer Koalition größer werden und dass auch der Druck, der ausgeübt wird, um die Rücknahme von Maßnahmen beim Klimaschutz zu erreichen, zunehmen wird. Bereits in den letzten Jahren haben wir eine Politik erlebt, in deren Rahmen Europa seiner Führungsrolle nur noch bedingt gerecht geworden ist; das will ich an dieser Stelle deutlich sagen.

- Frau Dött hat vorhin gesagt: Kopenhagen braucht keine Schaufensterreden. Herr Röttgen, Sie haben gesagt: Es gibt keinen Plan B. Wenn das so ist, muss man die Ziele, die man vor Ort erreichen will, zum Beispiel die 40-prozentige Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes, mit entsprechenden Maßnahmen unterlegen. Wir können einmal beim Kaffee darüber reden, wie das Ziel, die Emissionen um 40 Prozent zu reduzieren, zustande gekommen ist bzw. an wem es, jedenfalls eine Zeit lang, gescheitert ist. Ich jedenfalls weiß das ziemlich genau. (D)

Man muss das Ziel, das man hat, wie gesagt, durch Maßnahmen glaubwürdig unterlegen. In dieser Hinsicht fehlt mir im Koalitionsvertrag einiges. Wie will man diese 40 Prozent erreichen? Wir haben in Meseberg Programme auf den Tisch gelegt; allerdings reicht das nicht aus. Da muss nachgelegt werden, und man muss zu neuen Maßnahmen kommen.

Ich glaube in der Tat, man beschädigt die Glaubwürdigkeit der deutschen Klimaschutzpolitik, wenn man den Eindruck erweckt, dass man das Allermeiste über flexible Mechanismen, über CDM, erreichen will.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

CDM ist wichtig; aber CDM kann nur ein zusätzliches Instrument sein. Der Hauptbeitrag zum Klimaschutz muss vor Ort, in Deutschland, in Europa, geleistet werden.

Wenn der Minister die historische Aufgabe der Konferenz in Kopenhagen beschreibt, ist darauf hinzuweisen, dass es notwendig ist, zu schauen, was noch getan werden muss. Die **Entwicklungsländer** brauchen Finanzausgaben. Sie werden ein internationales Abkommen nicht mittragen, wenn man ihnen keine Finanzausgaben macht, wie man die Schäden, die durch den Klimawan-



Frank Schwabe

- (A) del entstehen und die es schon heute gibt, eingrenzen, wie man sie ausgleichen, wie man für Technologietransfer sorgen, wie man den Wald schützen will. Solange man diese Fragen nicht beantwortet, wird ein solches Abkommen nicht funktionieren. Da hat die Bundesregierung beim Europäischen Rat und beim Finanzministertreffen der G 20 gefehlt.

Es gibt einen Vorschlag der Europäischen Kommission, für die Entwicklungsländer jedes Jahr 15 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen. Es gibt einen Vorschlag des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments, jedes Jahr Transferleistungen in Höhe von 30 Milliarden Euro bereitzustellen. Irgendwo in diesem Bereich muss sich das Angebot bewegen. Wenn man will, dass die Konferenz von Kopenhagen Erfolg hat, muss die Bundesregierung massiv dazu beitragen, dass die Europäische Union ein solches Angebot macht.

Ich will zum Ende noch einmal sagen: Von dem, was Sie gesagt haben, war vieles richtig. An Vorschlägen zur Umsetzung und an Visionen mangelt es im Koalitionsvertrag jedoch. Insofern freue ich mich auf die Auseinandersetzung in den nächsten Jahren; sie wird spannend.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Weitere Wortmeldungen zu diesem Themenbereich liegen nicht vor.

- (B) Wir kommen nun zum Themenbereich **Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**.

Das Wort dazu hat Bundesminister Peter Ramsauer.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

**Dr. Peter Ramsauer**, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach vielen parlamentarischen Funktionen in den 19 Jahren meiner Mitgliedschaft in diesem Hohen Hause stehe ich heute das erste Mal im Amt des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung am Rednerpult.

Ich möchte gleich zu Beginn meiner Rede zusammenfassend klarmachen, worum es mir geht. In meinem Ressort befassen wir uns mit elementaren Grundbedürfnissen aller Menschen. Alle Menschen in Deutschland wohnen, fahren, sind mobil. Oder es wird für sie gebaut, bzw. sie bauen selbst. Mein Ziel ist es, mit meinem Ministerium diesen Grundbedürfnissen der Menschen auf das Bestmögliche gerecht zu werden. So klar und eindeutig und einfach ist die Zielsetzung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich habe meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der Vorstellung an den beiden Dienstorten – hier in

Berlin ebenso wie an dem großartigen Dienstort Bonn – (C) erklärt:

(Lachen der Abg. Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE] – Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Der Umzug kommt trotzdem!)

Die Menschen in Deutschland müssen spüren, dass wir in diesem Ministerium täglich für sie da sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Dazu sind wir gut ausgestattet: Wir haben den größten Investitionshaushalt aller Bundesministerien.

(Uwe Beckmeyer [SPD]: Hoffentlich noch lange!)

Mein Ministerium ist in den letzten elf Jahren mehrmals umbenannt worden. Ich war knapp davor, dies noch einmal zu tun; aber nicht immer sind aller guten Dinge drei. So habe ich es bei der Bezeichnung belassen.

Eines muss aber natürlich klar sein: Obwohl es in der Amtsbezeichnung „und Stadtentwicklung“ heißt und es natürlich um die Stadtentwicklung und die Entwicklung städtischer Monopolregionen geht, muss es uns – das sage ich ebenso klar und deutlich – genauso darum gehen, die **ländlichen Räume** gut und bestmöglich zu entwickeln.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich kündige hier an, dass ich als zuständiger Minister in diesem Bereich neue Akzente setzen werde. (D)

(Uwe Beckmeyer [SPD]: Haben Sie das abgestimmt?)

Wir können uns in Deutschland darüber freuen, dass wir großartige Kulturlandschaften und große, tolle ländliche Räume vom Wattenmeer bis zu den Alpen, von der Sächsischen Schweiz bis in die Eifel haben. Das sind auch hervorragende Wirtschaftsstandorte.

Ich bringe es einmal auf den Punkt: Metropolregionen können ohne funktionierende ländliche Räume nicht sein, und gute, funktionierende ländliche Räume können ohne gut entwickelte, urbane Zentren nicht sein. Beides gehört zusammen, und deswegen geht es mir in meinem Haus nicht nur um Stadtentwicklung, sondern ebenso auch um die ländlichen Räume.

(Beifall bei der SPD und der FDP – Steffen Bockhahn [DIE LINKE]: Aber auch im Osten!)

– Darauf komme ich gleich noch. Wenn Sie meine Interviews aufmerksam lesen würden, dann kämen Sie auf solche Zwischenrufe gar nicht.

Damit sind wir aber auch schon bei der Infrastrukturpolitik. Hier mache ich gleich eines klar: Ich werde mit der ideologisch motivierten **Bevorzugung einzelner Verkehrsträger** Schluss machen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Sören Bartol [SPD]: Das ist doch Steinzeit!)